

Sie geht nur noch mit Schmerzmitteln aus dem Haus

Streit um Endometriose-Forschung Jede zehnte Frau ist betroffen – Moderatorin Gülsha Adilji erhielt die Diagnose erst nach 15 Jahren. Der Ständerat entscheidet nun, ob die Krankheit gründlicher erforscht werden soll.

Nina Fargahi

Handy, Schlüssel, Ibuprofen. Gülsha Adilji geht nie ohne Schmerzmittel aus dem Haus. Die Fernsehmoderatorin ist eine von vielen Frauen in der Schweiz, die von Endometriose betroffen sind.

Schon mit Anfang zwanzig hatte Adilji starke Schmerzen während der Monatsblutung. «Ohne Schmerzmittel fühlt es sich an, als würde einem ein Messer in den Bauch gerammt», erzählt sie. Der Befund der Ärzte: normale Regelbeschwerden. Und so schluckte sie jeden Monat während dreier Tage je vier Tabletten à 400 Milligramm.

Erst 15 Jahre später stellte eine Gynäkologin fest: Es handelt sich um eine Erkrankung der Gebärmutter-schleimhaut, um Endometriose. Dabei siedeln sich Schleimhautzellen ausserhalb der Gebärmutter an und wuchern zum Beispiel an den Eierstöcken, der Blase oder am Darm. «Heute weiss ich: Starke Periodenschmerzen sind nicht normal», so Adilji.

Endometriose zählt mit zu den häufigsten gynäkologischen Erkrankungen. Schätzungsweise jede zehnte Frau erkrankt hierzulande daran. Häufig bleibt die Endometriose unentdeckt, weil es keinen Bluttest gibt. In manchen Fällen kann die Krankheit im Ultraschall erkannt werden, aber eine exakte Unterscheidung zwischen Zysten und Endometriose ist nicht möglich. Die endgültige Diagnose ist meistens nur über eine Bauchspiegelung, also durch einen operativen Eingriff, möglich.

Die Folgen einer unbehandelten Endometriose sind nicht nur allmonatliche Schmerzen, sondern auch Unfruchtbarkeit. Bei ungefähr jeder zweiten Frau mit unerfülltem Kinderwunsch ist der Grund eine Endometriose.

Letztes Forschungsprojekt wurde 2014 bewilligt

Viele Gynäkologinnen und Gynäkologen sind der Meinung: Es braucht dringend mehr Forschung zu dieser Krankheit. Aber wie soll man diese forcieren?

Mitte-Nationalrat Benjamin Roduit hatte dazu eine Idee. Er hat im Parlament eine Motion mit dem Titel «Schluss mit den medizinischen Irrungen und Wirrungen» eingereicht. Der Vorstoss fordert vom Bundesrat, Endometriose-Forschung stärker zu fördern. Roduit macht auch wirtschaftliche Gründe geltend: «Endometriose führt zu Arbeitsausfällen und Fruchtbarkeitsbehandlungen, die hohe Kosten verursachen.»

Die grosse Kammer hat das Begehren gutgeheissen. Im Ständerat aber könnte die Motion heute abgelehnt werden. Denn die zuständige ständerätliche Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur hat sich bereits dagegen ausgesprochen. Und zwar mit 6 zu 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen: Die Politik solle nicht «top-down» Forschungsprojekte vorgeben und



Hielt starke Periodenschmerzen lange Zeit für normal: Moderatorin Gülsha Adilji. Foto: Urs Jaudas

«Es ist kein Genderthema, sonst müsste Hodenkrebs auch unter die Gendermedizin fallen.»

Simone Kamm
Fachärztin für Gynäkologie

so Einfluss auf die Forschung nehmen.

Ohnehin seien im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms zur Gendermedizin bereits 11 Millionen Franken gesprochen worden. Dort solle auch die Forschung zur Endometriose einen Platz bekommen.

Das sagt auch Bildungsminister Guy Parmelin (SVP). Er verweist zudem darauf, dass der Schweizerische Nationalfonds (SNF) bereits einzelne Forschungsprojekte zur Endometriose «oder damit verwandten Themen» fördere.

Doch ein Blick in die Datenbank des SNF zeigt: Das letzte bewilligte Forschungsprojekt wurde 2014 eingereicht. Seither ist nichts mehr passiert. Michael Müller, Chefarzt für Gynäkologie am Berner Inselspital, sagt dazu: «Projekte zum Thema Endometriose haben einen schwe-

ren Stand beim SNF, weil die Krebsforschung als wichtiger erachtet wird.» Müller und sein Team haben seit 2015 mehrere Forschungsprojekte eingereicht, aber: «Leider wurde keines der Projekte unterstützt, welches sich direkt mit dem Thema Endometriose beschäftigt.»

Kosten vergleichbar hoch wie die von Diabetes Typ 2

Doch eine Krankheit, die so viele Frauen betreffe, müsse dringend erforscht werden, um die Diagnose und Behandlung zu verbessern, sagt der Gynäkologe. «Noch immer dauert es mehr als neun Jahre, bis eine Endometriose erkannt wird.» Das hat auch die Fachzeitung «Revue médicale suisse» festgestellt. Für Chefarzt Michael Müller ein «unhaltbarer Zustand».

Ähnlich sieht das Simone Kamm, Fachärztin für Gynäko-

logie und leitende Ärztin im Endometriose-Zentrum am Spital Limmattal: «Endometriose ist eine frauenspezifische Krankheit und kein Genderthema, sonst müsste Hodenkrebs auch unter die Gendermedizin fallen.» Man wisse viel zu wenig über die Endometriose, obwohl die gesundheitlichen und volkswirtschaftlichen Kosten vergleichbar hoch seien wie jene, die Diabetes Typ 2 verursachen, so die Gynäkologin.

Einige Operationen seien mindestens so komplex wie eine ausgedehnte Krebsoperation, weil die Endometriose in andere Gewebe reinwache und Organe beschädige. «Viele Frauen, die den Weg in unser Zentrum finden, haben bereits chronifizierte Schmerzen, angegriffene Organe und sind psychisch schwer traumatisiert.»

Frankreich lanciert nationalen Aktionsplan

Motionär Roduit wirft der ständerätlichen Kommission vor, das Anliegen «schlampig behandelt» zu haben. Er sagt: «Die Motion stand nicht in der Sitzungsplanung, und es gab so gut wie keine Debatten.»

Angefragte Ständerätinnen und Ständeräte aus der zuständigen Kommission betonen, dass sie für frauenspezifische Anliegen ein offenes Ohr hätten. Zumal die Kommission aus acht Frauen und vier Männern besteht, was eher unüblich ist, weil im Ständerat bis vor kurzem nur 26 Prozent Frauen sass. Marianne Maret etwa, Mitte-Ständerätin aus dem Wallis, hat sich bei der Abstimmung enthalten. Sie vertritt die Linie der Kommission: «Forschungsförderung sollte nach Exzellenzkriterien und gemäss dem Bottom-up-Prinzip erfolgen.»

Hierzu verweist Endo-Help, die Schweizerische Endometriose-Vereinigung, auf eine Petition, die mit über 18'000 Unterschriften dem Parlament übergeben wurde. Die oberste Forderung der Petition lautet: mehr Mittel zur Endometriose-Forschung. «Wenn das nicht Bottom-up ist, was dann?», sagt Vorstandsmitglied Nicole Bianchi.

Klar ist: In anderen Ländern hat das Thema eine höhere politische Priorität. So hat zum Beispiel der französische Präsident Emmanuel Macron letztes Jahr einen nationalen Aktionsplan angekündigt. Sein Slogan: «Das ist kein Frauenproblem, sondern ein gesellschaftliches Problem.» Durch Investitionen in die Forschung und spezialisierte Endometriosezentren machte Macron das Thema zu einer Priorität der französischen Gesundheitspolitik.

Klar ist damit auch: Im Umgang mit der Krankheit hinkt die Schweiz anderen Ländern hinterher. Gülsha Adilji sagt: «Ich wünsche jeder Frau, dass sie ohne Ibuprofen in der Tasche aus dem Haus gehen kann.» Sie hat demnächst eine Operation, um die Endometriose zu entfernen. Und hofft, dass das allmonatliche Leid dann vorbei ist.

Solarprojekt im Wallis kann realisiert werden

Abstimmung Das Solarprojekt im Safflischtal in der Gemeinde Grengiols im Wallis kann realisiert werden. Die Projektpartner wollen nach dem doppelten Ja von Burgergemeinde und Einwohnergemeinde das Baugesuch Anfang 2024 beim Kanton einreichen, wie Grengiolssolar gestern mitteilte. Die IG Safflischtal will weiter gegen das Projekt kämpfen. Die Burgergemeinde stimmte dem Projekt mit 163 Ja zu 94 Nein stimmen zu, die Einwohnergemeinde mit 190 Ja gegen 70 Nein. Die Stimmbeteiligung betrug über 80 Prozent. Die Zustimmung von Grundeigentümerschaft und Standortgemeinde sind gemäss nationalem Energiegesetz Voraussetzungen dafür, damit der Kanton Wallis nach Einreichung des Baugesuchs Anfang 2024 das Bewilligungsverfahren starten kann. Dementsprechend wollen die Projektpartner nun daran arbeiten, das Dossier im Hinblick auf die öffentliche Auflage fertigzustellen, wie es weiter hiess. Grengiolssolar soll auf 2500 Metern Höhe auf einer Fläche von 0,8 Quadratkilometern jährlich 150 Gigawattstunden erneuerbaren Strom produzieren, rund 43 Prozent davon im Winter. Mit dem Strom lassen sich 40'000 Haushalte versorgen. Die IG Safflischtal äusserte sich gestern in einer Mitteilung enttäuscht über das Abstimmungsresultat, will aber weiterkämpfen. Das wilde Safflischtal sei der falsche Standort für eine solche Anlage. (SDA)

Katholische Kirche verliert Mitglieder

Nach Studie Der römisch-katholischen Kirche in der Schweiz laufen die Mitglieder seit der Veröffentlichung der Studie über Missbräuche davon. Das zeigt eine Umfrage der Nachrichtenagentur Keystone-SDA drei Monate nach der Veröffentlichung des Berichts. Die meisten Austritte gab es im Aargau, in Solothurn und in Graubünden in städtischen Gebieten. Es habe Kirchgemeinden gegeben, die über 100 Austritte verzeichnet hätten, hiess es in Graubünden. Besonders gross scheint die Austrittswelle in der Kirchgemeinde Luzern zu sein. Seit dem Erscheinen der Missbrauchsstudie traten 270 Personen pro Monat aus. Die katholische Kirche zählt in der Schweiz derzeit rund drei Millionen Mitglieder. (SDA)

Positives Fazit zum Fahrplanwechsel

SBB Die SBB haben gestern Mittag ein erstes positives Fazit zum Fahrplanwechsel gezogen, der seit den frühen Morgenstunden umgesetzt worden ist. Eine nächste Bewährungsprobe steht den Bundesbahnen aber noch bevor. Im Wochenendverkehr gestern Vormittag sei es zu keinen nennenswerten Problemen gekommen, die im direkten Zusammenhang mit dem neuen Fahrplan stünden, schrieben die SBB. Erst der Werktagsverkehr ab heute werde zeigen, ob die neuen Zugverbindungen bei den Pendelnden angekommen seien. Der Fahrplanwechsel zielte laut SBB dieses Jahr darauf ab, stark frequentierte Verbindungen auszubauen. (SDA)